

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 239

Freitag, den 10. Oktober 1924.

48. Jahrgang

Um die Regierungserweiterung.

Die Volksgemeinschaft gescheitert.

Berlin, 9. Oktober. Von 4 bis 4,45 empfing der Reichskanzler die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken, Bels, Pittmann und Hilferding. In der Aussprache wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut betont, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit sei, der vom Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien angestrebten Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie stellten indessen fest, daß der gestrige Beschluß der Deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachteten. Die für heute nachmittags angeordnete Besprechung der Führer der Regierungsparteien ist auf Freitag vormittags verschoben worden.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen neuen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten als erledigt ansehe und sich morgen erneut mit den Parteien über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Reichthum sehen werde.

Die Deutsche Volkspartei sandte um 6 Uhr ihre Führer Dr. Scholz und Dr. Curtius zum Reichskanzler, um ihm mitzuteilen, daß die Deutsche Volkspartei nach der Erklärung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten eine neue Situation als vorliegend betrachtet und daß sie vom Reichskanzler erwarte, er werde seine Bemühungen nunmehr in der Richtung zur Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung fortsetzen.

Abgabe des Zentrums an die Deutschnationalen.

Berlin, 9. Oktober. Die „Germania“ bemerkt zu dem von der Deutschnationalen Volkspartei aufgestellten Ziel der Bildung einer sogenannten „Christlichen Volksgemeinschaft“, die in der Zusammenfassung aller auf „christlich und national“ Boden stehenden Volksträfte besteht: Das Zentrum sei nie der Auffassung gewesen, daß eine Koalitionsregierung zugleich eine Gemeinschaftsregierung bedeute und werde auch genügend Grund haben, sich vor einer Gesinnungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen in acht zu nehmen, mögen ihre öffentlichen Erklärungen noch so oft die Worte „christlich und national“ enthalten.

Eine Erklärung der Sozialdemokraten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat das Ersuchen des Reichskanzlers um Stellungnahme zu seinen Richtlinien, wie der „Vorwärts“ berichtet, mit einem Brief beantwortet, in dem es u. a. heißt:

Unter voller Aufrechterhaltung unserer Bereitwilligkeit, im Rahmen des uns mündlich von dem Herrn Reichskanzler entwickelten Programms sachlich mitarbeiten zu wollen, bitten wir bei den weiteren Besprechungen um Klarstellung folgender Punkte:

In dem Absatz 1 der Richtlinien, die vom Schutze der bestehenden Verfassung vom 11. August 1919 handeln, ist das Wort Republik vermieden. Ein deutschnationaler Führer hat erst vor kurzem die Rückkehr der Monarchie nach dem erfolgreichen Revanchekrieg öffentlich propagiert. Das nötigt unserer Auffassung nach dazu, daß beide Parteien, die in die Reichsregierung einbezogen werden, den Drang haben, in der Frage der Staatsform einer ganz unzweideutigen Auffassung des Regierungsprogramms zuzustimmen.

In dem Absatz 2, der von der Außenpolitik handelt, scheint uns die schriftliche Formulierung des Kabinetts weniger präzise zu sein, als die mündliche Verhandlung vom 3. Oktober d. J. erwarten ließ. Die Londoner Verhandlungen haben erfreulicherweise, insbesondere wegen des Vertrauens, das sich der Herr Reichskanzler dort erworben hat, die Voraussetzungen für eine fortlaufende Besriedigung Europas und damit auch für die Sicherstellung stabiler Verhältnisse in Deutschland geschaffen. Unseres Erachtens kommt es jetzt darauf an, vor aller Welt klarzustellen, daß sich die Reichsregierung auf die Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marx festlegt. Ferner bemerken wir, daß uns der Wortlaut des deutschen Memorandums bisher noch nicht bekannt ist. Wir nehmen an, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so schnell als möglich erfolgt, da festgestellt ist, daß Deutschland ein ständiger Mitsprache zugewilligt wird.

In der mündlichen Besprechung am 3. Oktober d. J. haben wir schon darauf hingewiesen, daß das Programm der Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

über den Achtstundentag enthalten müßte. Das Vermeiden einer Stellungnahme gerade in diesen Punkten würde die Absichten der deutschen Reichsregierung leicht Mißdeutungen auslösen, die dem Ansehen der deutschen sozialen Politik sehr abträglich sein müßten.

Zu den Absätzen 3, 4 und 5, die die Steuerwirtschaft und Handelspolitik betreffen, bemerken wir in Kürze, daß die zum Schutze der menschlichen Arbeitskräfte und der Hebung der Konsumkräfte der breiten Volksmasse zu treffenden Maßnahmen vor Abschaffung der Regierungserklärung genauerer Präzisierung bedürfen. Insbesondere die Kriegsinvaliden, die Kriegswitwen und -Waisen, die Sozial- und Kleinrentner, die Sparer und Erwerbslosen sind heute nicht vor dem bittersten Hunger geschützt. Ihnen muß geholfen werden, wenn sie nicht der bittersten Verzweiflung anheimzufallen sollen.

Macdonald gestürzt.

Mit 364 gegen 198 Stimmen unterlegen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat das Kabinett Macdonald in der Mittwochsitzung des Unterhauses eine glatte Niederlage erlitten.

Bei der entscheidenden Abstimmung über den Abänderungsantrag der Liberalen, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses forderte, blieb die Regierung mit 364 gegen 198 Stimmen in der Minderheit, da die Liberalen und Konservativen geschlossen gegen die Regierung stimmten. Ein glatter Mißtrauensantrag der Konservativen wurde indessen mit 359 gegen 198 Stimmen abgelehnt.

Rundgebungen nach Sitzungsschluss.

Nach dem Schluss der Unterhausitzung kam es noch zu Zwischenfällen in den äußeren Wandelgängen des Unterhauses. Dort hatte sich eine große Anzahl von Anhängern Macdonalds versammelt, die ihn demonstrativ begrüßten und die „Vote Flagg“ fangen. Konservativ-parlamentarier stimmten „God save the King“ an. Polizei griff ein. Der Premierminister wurde von einer großen Menschenmenge bis nach seinem Hause begleitet und erklärte zum Abschied an der Schwelle seines Hauses, man habe eine schwere Zeit in den acht Monaten gehabt und es sei ein Fehler gewesen, der Regierung eine Niederlage beizubringen; aber es sei nicht das letzte gewesen, was man von ihm und der Arbeiterpartei höre.

Auflösung des Unterhauses.

Angesichts der drohenden Krise war der König von England bereits am Donnerstag früh von Balmoral wieder nach London zurückgekehrt.

Sofort empfing der König den Ministerpräsidenten Macdonald, der ihm die Auflösung des Unterhauses empfahl. Nach einer kurzen Besprechung hat der König die Auflösung des Unterhauses genehmigt.

Die Neuwahlen sollen so bald als möglich stattfinden, wahrscheinlich schon Anfang November.

Genehmigung in Paris.

Paris, 9. Oktober. Die Nachricht von dem Sturze Macdonalds wurde gegen Mitternacht in Paris bekannt und hat in politischen Kreisen, obwohl sie keineswegs überraschend kam, gewaltiges Aufsehen erregt. Den einzelnen Phasen der Unterhausdebatte wurde mit großer Spannung gefolgt. Die größeren Pariser Blätter standen in ständiger telephonischer Verbindung mit ihren Londoner Vertretern. Der Ausgang der Debatte konnte bis zum letzten Augenblick nicht vorausgesehen werden. Als jedoch bekannt wurde, daß der Kolonialminister Thomas die Absicht der Arbeiterregierung bestätigte, sowohl den Antrag der Konservativen wie auch den liberalen Abänderungsantrag abzulehnen, gab man das Kabinett Macdonald für verloren. Die Pariser Blätter nehmen das Ergebnis im großen und ganzen sehr gelassen hin und drücken sich über Macdonald mit einer Geringschätzung aus, die unangenehm berühren muß. Zusammenfassend bemerkt der „Matin“, daß die Linke und die äußerste Linke Großbritanniens sich weiter heftig beschreiben werden, während die Liberalen und Konservativen sich zu einem Bürgerblock zusammenschließen dürften. Die Blätter der Opposition geben über die Niederlage ihre unverkennbare Genehmigung zum Ausdruck.

Neuwahlen am 29. Oktober.

London, 9. Oktober. Zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung des Unterhauses teilte ein Regierungsvertreter mit, daß es möglich sein werde, die Neuwahlen am 29. Oktober stattfinden zu lassen. In maßgebenden Kreisen glaubt man, daß dieser Termin schon jetzt als feststehend anzusehen ist.

Preussischer Landtag.

Berlin, 9. Oktober

Die Einzelberatung des Haushalts des Innenministeriums wird bei dem Kapitel Polizei fortgesetzt, wobei die einzelnen Parteien zahlreiche Wünsche und Beschwerden vorbringen. Auf kommunistische Beschwerden erklärt Ministerialdirektor Abegg, der Polizeischutz gelte dem gesamten Volke. In Düsseldorf befinde sich keine Schutzpolizei mehr, sondern nur noch Kommunalbeamte. Mit der Räumung von Dortmund werde eine weitere Gelegenheit zur Unterbringung der zurückgezogenen Ersatzpolizei sein.

Der Abg. Eichhoff (D. Vp.) wandte sich gegen eine Zurücksetzung der ausgewiesenen Beamten, die nach ihrer Rückkehr noch ohne Wohnung sind und bat den Minister um schleunige Intervention.

Abg. Dr. v. Dröbner (Deutschn.) schloß sich diesem Verlangen an. Es handle sich um sehr zahlreiche Fälle, man solle an der bisherigen Betreuung dieser Beamten nichts ändern.

Abg. Barteld (Dem.) wünschte Einstellung erhöhter Mittel zur Unterstützung erkrankter bzw. verletzter Landjäger.

Ministerialdirektor Abegg sagte tunkliche Berücksichtigung aller dieser Wünsche zu und wies gegenüber einer von mehreren kommunistischen Rednern vorgebrachten Beschwerde auf die dringende Notwendigkeit einer besseren Unterbringung der Schutzpolizeibeamten hin, besonders in Oberschlesien und in den Westmarken.

Nach weiterer unerheblicher Debatte werden die noch ausstehenden Abstimmungen auf den 16. Oktober vertagt. — Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr: Personalabbau-Verordnung.

Die Aufwertungsfrage.

Aussprache über den Antrag Dr. Fleischer.

Berlin, 9. Oktober. Während der Aussprache in der heutigen Sitzung des Aufwertungsausschusses erklärte Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.), daß er sich von dem Vorschlag des Abg. Dr. Fleischer keinen Vorteil für die Anleihegläubiger verspreche. Die Soziallösung, wie sie der Reichsfinanzminister vorgeschlagen habe, könnte lediglich ultima ratio sein, keineswegs dürfe sie als eine endgültige betrachtet werden.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) hielt ebenfalls den Vorschlag des Abg. Fleischer für nicht durchführbar und nicht empfehlenswert.

Auch der Abg. Dr. Emminger (D. Vp.) lehnte den Vorschlag ab.

Abg. Fergt (Deutschnat.) wiederholte seine früheren Bedenken gegen die Wohlfahrtsvorschlüsse des Reichsfinanzministeriums, die er für unzulänglich hält. Die Rechtsansprüche der Gläubiger der Reichs- und Staatsanleihen müßten bezüglich des Altbesitzes sofort geregelt, die übrigen aber der Zukunft überlassen werden.

Abg. Dr. Fleischer (Zentrum) erklärt, daß für ihn von ausschlaggebender Bedeutung sei, ob durch die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Lösung alle Verpflichtungen des Reiches aus den Reichsanleihen endgültig gelöscht sein sollen. Wenn sich der Reichstag zu einer Annullierung dieser Verpflichtungen nicht entschließt, so bleibe die Reichsanleihe das Objekt der Spekulation. Dann aber trete gerade sein Antrag für die Möglichkeit ein, dieser Spekulation endlich einen Riegel vorzuschleichen.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) beantragt, daß bei der Neuregelung der Aufwertung unter allen Umständen die Inflationsgewinne in öffentlichen Anleihen usw. ausgeschlossen werden müßten.

Der sozialdemokratische Abg. Keil war der Ansicht, daß der Ausschuss die Mittel noch nicht gefunden habe, die zur Erfüllung der Erwartungen der Gläubiger erforderlich seien. Der Redner hält ebenfalls den Antrag Dr. Fleischer für unausführbar.

Der Ausschuss kam einmütig zu der Ansicht, daß jeder zur Spekulationszwecken erworbene Besitz in öffentlichen Anleihen usw. von einer etwaigen Neuregelung der Aufwertung ausgeschlossen sein muß. Inzwischen ist der Antrag Dr. Fleischer auch in Gesetzesform eingereicht worden. Das Gesetz umfaßt 7 Paragraphen und trägt den Titel: „Gesetz über die auf Marx lautenden Anleihen des Reiches.“ — Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

Die Kriegsschuldlüge.

Protest englischer Geistlicher.

Auch außerhalb Deutschlands fängt es, wenn auch langsam, an zu dümmern, daß die These von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist.

Am 8. ds. Mts. verstorb

der Kassenassistent a. D.

Fritz Deffner

hier. Der Verewigte hat über dreißig Jahre der hiesigen Kreisverwaltung angehört und sein bestes Können in den Dienst des Kreises gestellt, bis Krankheit ihn zwang, in den Ruhestand zu treten. Seine Pflichttreue, sein freundliches, hilfsbereites Wesen und sein biederer offener Charakter sichern ihm ein ehrendes dankbares Gedenken, das ihm über das Grab hinaus gewahrt bleiben wird.

Stolp, den 10. Oktober 1924.

Der Vorsitzende

des Kreis Ausschusses des Landkreises Stolp.

Dombois.

Geschäftseröffnung.

Dem geschätzten Publikum von Stolp und Umgegend beehre ich mich, ergebenst anzuzeigen, daß ich mein

Spezial-Delikatessengeschäft

Marienstraße 2

Freitag, den 10. Oktober d. Js.

eröffne und bitte höflich, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Ich versichere, daß ich stets bemüht sein werde, meine werthe Kundschaft reell zu bedienen und nur Ware allerfeinsten Qualität zu günstigen Preisen zu liefern.

Hochachtungsvoll

Albin Schönbach.

Waggon- und Maschinenbau Aktiengesellschaft Görlitz

Abt. Landsberg

früher

Pauckesch

Neu- und Umbauten
von

Kartoffeltrocknungs- anlagen

und Brennerereien

== Reparaturen ==

Ständiges Lager in fertigen Apparaten